

Tagesordnung I Punkt 3.1 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-06-0001

**Keine Schulbudget-Kürzungen - kein Personalabbau bei Schulsekretariaten und Schulhausmeister-Stellen!
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 19.01.2010-**

In den Weihnachtsferien vor den Festtagen teilte die Schuldezernentin Schulen in der LH Wiesbaden drastische Kürzungen ihrer Schulbudgets mit bzw. kündigte weitere drastische Kürzungen im neuen Jahr 2010 an. Dies macht eine Berichterstattung des Magistrats im für Schulen zuständigen Fachausschuss dringend erforderlich und gibt Anlass zu einer Reihe von Fragen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

„Der Magistrat wird aufgefordert umgehend zu den von ihm bzw. von der Schuldezernentin vorgesehenen Kürzungen zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

Im genannten Schreiben der Schuldezernentin wird Schulen mitgeteilt, dass über die bereits von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Kürzung der Schulbudgets um 2,35% (im Verhältnis zum Budget 2008) hinaus eine weitere Kürzung von 10%(!) vorgenommen wurde und (angekündigt für Januar 2010) eine weitere Kürzung der Schulbudgets erfolgen soll.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1. Welche Schulen sind von diesen Schulbudget-Kürzungen betroffen?**
- 2. Ist der Magistrat der Auffassung, dass alle Schulen angesichts der ohnehin sehr knapp bemessenen Budgets bei solchen Kürzungen ihre Aufgaben in derselben Qualität werden weiter erfüllen können?**

Im Schreiben der Dezernentin wird den Schulen außerdem mitgeteilt: „Leider können wir Ihnen in den Jahren 2010 und 2011 für IM (GWG und investiv) keine Budgetmittel mehr zur Verfügung stellen.“

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1. Welche Konsequenzen hat dieser für die beiden kommenden Jahre angekündigte IM-Mittelentzug für die Schulen?**
- 2. Welche Konsequenzen hat dies für erforderliche Erhaltungs- und Renovierungsmaßnahmen an den Schulen?**

Im Schreiben der Schuldezernentin wird die Überleitung unverbrauchter Restmittel aus den Schulbudgets in Frage gestellt.

Dies widerspricht dem ständig propagierten Ziel einer „selbständiger werdenden Schule“, die die Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel auch über das Haushaltsjahr hinaus plant.

Auch wurde die Einführung der „doppischen Haushaltsführung“ immer wieder begründet mit der Abkehr von der schlechten Gewohnheit, am Ende des Haushaltsjahres alle Mittel zu verbrauchen, damit sie nicht verfallen.

Der Ausschuss fordert deshalb, dass unverbrauchte Restmittel bei den Schulbudgets ungekürzt ins Jahr 2010 übertragen werden!

Im Schreiben der Schuldezernentin wird weiterhin angekündigt, dass „alle freiwilligen Leistungen des Schulamtes“ eingestellt werden. Die Aufzählung der Schuldezernentin umfasst u.a. „z.B. Gesunde Schule, Grüne Schule, Schülermützen, Schulveranstaltungen, Schulfeiern, Schüleraustausch,...freigestellter Schülerverkehr usw.)“.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

1. **Wie stellt sich der Magistrat vor, dass Leistungen für Schulveranstaltungen und Schulfeiern - z. B. Feiern zur Entlassung nach erfolgreicher Abschlussprüfung, zur Aufnahme von Schülern, bei Schuljubiläen - „eingestellt werden“?**
2. **Um welchen „freigestellten Schülerverkehr“ soll es sich handeln?**
3. **Welche Leistungen wurden bisher erbracht um Schüleraustausch zu ermöglichen, die künftig wegfallen sollen?**

Für den Personalbereich teilt die Schuldezernentin eine Wiederbesetzungssperre mit, die für „alle Stellen und Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die beim städtischen Schulamt beschäftigt sind, somit auch für den Schulsekretär/die Schulsekretärinnen und Hausmeister/innen“ gilt. Derzeit werde „ein Vertretungskonzept“ erarbeitet, „um die Auswirkungen längerer Vakanzen zu reduzieren“.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

1. **Wie viele Stellen (Vollzeitäquivalente) sind gegenwärtig im Schulamt in den verschiedenen Bereichen besetzt? Wie viele Stellen sind nicht voll besetzt?**
2. **Wie viele erwerbslose Personen in so genannten Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobber/innen“) sind im Bereich des Schulamtes beschäftigt? In welchen Bereichen?**
3. **Mit welchen Auswirkungen rechnet der Magistrat bei Verwirklichung einer Wiederbesetzungssperre?**

Der Ausschuss fordert den Magistrat auf die Überlegungen für eine Wiederbesetzungssperre unverzüglich fallen zu lassen und für die zügige Besetzung aller frei werdenden Stellen mit Fachpersonal in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu sorgen.

Die Schuldezernentin äußert in ihrem Schreiben: „Bis zur endgültigen Genehmigung des Haushaltes 2010/2011 durch die Aufsichtsbehörde werden noch ein paar Monate vergehen.“ Sie weist daraufhin, dass so lange ein „Nothaushalt“ besteht.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

1. **Wie viele Monate wird das Genehmigungsverfahren dauern?**
2. **Ist erneut damit zu rechnen, dass - im Unterschied zur Genehmigung kameraler Haushalte in der Vergangenheit in wenigen Wochen - auch dieser „doppische“ Haushalt wieder monatelang ungenehmigt bleibt?**
3. **Welche Äußerungen seitens der Aufsichtsbehörde liegen hierzu bereits vor?“**

Der Antrag ist durch die Aussprache erledigt.

Der Magistrat wird gebeten, einen schriftlichen Sachstandbericht vorzulegen.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 11.03.2010

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010

Nehrbaß
Vorsitzender

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2010

Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister